

Die Finanzkriege

Im Kampf um die Dominanz können in den Finanzzentren konkurrierende Großbanken den Staat in eine Abhängigkeit zwingen, wenn die staatlichen Haushalte bei ihren Ausgaben die gesetzlichen Einnahmen nicht als Beschränkung hingenommen und sich hoch genug verschuldet haben. Der Staat wird dann bei vielen Gelegenheiten ein den Banken nützlicher und zuverlässiger Vertreter von Bankinteressen in der tagtäglichen politischen Auseinandersetzung sein müssen. Dies umso mehr, wenn er durch die Beistandsleistungen an die Banken selbst in eine bedenkliche Verschuldung geraten ist. Es lässt sich schon ahnen, dass dies genau eine Absicht der um das erfrischende Geld aus öffentlichen Kassen ringenden Banken ist.

Dass dieses Ringen von denen, die es erleben, auch als Krieg empfunden oder erfahren wird, ist keinesfalls normal. Ein jeder nimmt das, was als erlebbare Wirtschaftswirklichkeit von ihm verstanden werden kann, punktuell wahr. Der Finanzkrieg kann so nicht als Gesamtzusammenhang erlebt werden. Es sind dazu seine um den Planeten verstreuten Symptome oder ihre durch Medien vermittelten Nachrichten mit den Sinnen nicht nur aufzunehmen, sondern auch zu einem Ursache-Wirkungszusammenhang zu verbinden. Erst die Verknüpfung des Erlebten mit einer Idee kann zu einer Erfahrung von dem Geschehen führen. Dieser Text versucht mit der Theorie der Geldwirtschaft einen Zusammenhang, der aus guten Gründen Finanzkrieg genannt werden kann, zu erzeugen. In diesem entsteht die wirtschaftliche Aktivität aus Verträgen auf der Grundlage von Eigentum an produzierten Produktionsmitteln und an Naturressourcen, das von einem Kriegsherren oder einem Staat gegen eine Verpflichtung an die Eigentümer verliehen wird. Dazu gehört die Haftung mit diesem Eigentum für den Fall, dass eine Vertragserfüllung nicht gelingt und dabei Eigentum in Verlusten untergeht. (Stadermann, 2006 S. 115-219)

Banken errechnen unter derartigen Umständen in ihren Verträgen und in ihren Bilanzen Gewinn und Verlust in nationalen Währungen oder eben in einer Gemeinschaftswährung, wie es der Euro eine ist. Ihr Erfolg und Misserfolg hängt damit in der internationalen Konkurrenz wesentlich von der im Wechselkurs gemessenen relativen Stärke ihrer Währung im Verhältnis zu der Währung ihrer Konkurrenz ab. Die Banken aus dem Dollarwährungsraum und denen im Euroraum verfolgen deswegen Strategien, um die Währungen ihrer jeweils fremden Konkurrenten zu schwächen. So versuchen die Banken des einen Währungsraumes die Gesamtheit der in anderer Währung rechnenden Banken in einen Nachteil zu setzen. Diese Währungsschlachten ergeben sich aus den Gefechten um Marktanteile zwischen den einzelnen Instituten und aus solchen mit öffentlichen Haushalten.

Anders als es sonst geschieht, wird hier der bisher wahrscheinlich wenig verstandene Kern der Finanzkrise als Ergebnis zuvor hauptsächlich unter Banken ausgetauschter feindseliger Akte verstanden. Dadurch wird deutlich, dass es sich bei der, als Eurokrise aufgefassten Finanzmarktkrise um kein einmaliges Ereignis handelt. Vielmehr findet diese Auseinandersetzung permanent statt.

Entsprechend hat das, was gegenwärtig auf dem Finanzmarkt geschieht, meistens viele vergleichbare, aber nicht bis in die Einzelheiten gleiche Vorläufer. Es lohnt sich, sie nicht zu übersehen. Wir befinden uns in den letzten 100 Jahren in einer mindestens dritten Runde eines Finanzkrieges unter Finanzzentren Europas, zum Beispiel Paris und Berlin ab dem Ende des 19. Jahrhundert oder zwischen den Finanzzentren Kontinentaleuropas und den angloamerikanischen Zentren London, New York und mit einigem Abstand Frankfurt am Main seit dem Ende des zwanzigsten.

Sofort fällt auf, dass in diesem Finanzkrieg nicht gleichstarke Kontrahenten ihre finanzdiplomatischen nationalen Kräfte, zum Beispiel mit der Währungspolitik ihrer Zentralbanken messen, sondern es

versuchen deutlich unterschiedlich potente Großbanken in den unterschiedbar einflussreichen nationalen Finanzzentren Dominanz und Abhängigkeiten durch Maßnahmen, die ihre Gegenspieler auf dem Markt in eine Verschuldung oder gar in eine Illiquidität und Zahlungsunfähigkeit zwingen, Vorteile im Markt zu erringen und Versuche, ihnen Schaden zuzufügen, abzuwehren. Typischerweise ringen aufstrebende Großbanken mit alteingesessenen dominanten Instituten, deren Abstieg vorstellbar ist. Es ist also nicht eine Konkurrenz annähernd gleichstarker Finanzinstitute, die das Geschehen auf dem Weltmarkt für Finanzierungen bestimmt. Eher erinnert dieses Ringen an David und Goliath. Mal widersetzt sich der Zwerg dem Riesen mit Erfolg oder macht ihn sogar für einen manchmal entscheidenden Augenblick wehrlos, mal zwingt der Riese Zwerg in eine Position der Schwäche, in der sie Protektion aufgeben und bislang von ihnen in deren Schutz bewirtschaftete Währungsräume öffnen und einen Frieden konzedieren müssen. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird so ein Angriff in den planetenweiten Wirtschaftsbeziehungen unter der unverdächtigen Forderung nach einer Öffnung des Marktes für Dienstleistungen verpackt. Der Frieden kommt dann als pax americana, also einer angeblich freien Konkurrenz auf den Märkten, in denen die Überlegenheit der Unternehmen aus den Vereinigten Staaten von Amerika unbestritten ist. Ihre Merkmale sind die unfreundlichen Übernahmen von Geschäftsfeldern und Eigentumsrechten und damit mit der Ableitung von Überschusseinkommen in das derart in seiner Dominanz gestärkte Finanzzentrum und hier wieder vor allem auf das erfolgreichste Institut in diesem.

Je dominanter ein Finanzzentrum ist, desto härter werden in ihrem gesamten Einflussbereich die Bedingungen, zu denen die Ressourcen bewirtschaftet werden. Oft werden dann die Funktionsbedingungen der Geldwirtschaft nicht mehr respektiert und gebrochen. Dadurch gelingt es nicht mehr, den Zugriff auf neues Geld für alle Wirtschaftler einheitlich zu regeln. Wo dies aber nicht gesichert ist, entsteht die korrumpierte Geldwirtschaft. Sonderzugänge zum Zentralbankgeld befreien die dazu Fähigen von der Konkurrenz auf den Märkten. Es kommt dann sehr schnell zu Marktlösungen, die nach den in der Gesellschaft bestehenden Maßstäben überwiegend als ungerecht beurteilt werden. So kann es nicht verwundern, dass es dann auch zu rebellierenden Gegenbewegungen gegen die Gewaltakte einer korrupten Geldwirtschaft kommt.

Eben dies geschah es am Ende der Weimarer Republik in Deutschland. Wiederregulierungen der Marktvorgänge oder gar die Aufhebung der Geldwirtschaft sind dann mögliche Folgen. Dieses Ereignis wird selten auf friedliche Weise geschehen. Plötzlich wird das Geflecht der Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft deutlich erkennbar. Staatsdelegationen reisen an und „zeigen die Werkzeuge“, mit deren Einsatz eine Regierung rechnen muss, wenn sie nicht die fremden Wirtschaftsinteressen schützen will oder kann. Zuweilen gelingt aber nicht, die Außerkraftsetzung der Geldwirtschaft zu verhindern. Das hat dann Konsequenzen: Mit der Geldwirtschaft muss auch die Demokratie fallen, weil sie die politische Ordnung der Geldwirtschaft ist. So brach die Republik von Weimar in der Weltwirtschaftskrise zusammen und eine auf Befehl und Gehorsam funktionierende Ordnung ersetze sie und ordnete die Wirtschaft nach dem Prinzip von Führung und Gefolgschaft.

Die Abschaffung der demokratischen Ordnung bedeutet, dass eine so verfahrenende Nation in den Vereinigten Staaten von Amerika automatisch der Gruppe der Schurkenstaaten zugeordnet wird. Der Grund ist die Nichtachtung der Menschenrechte, also die Nichterfüllung der diesbezüglichen amerikanischen Ansprüche an deren – nur auf hoher Abstraktionsebene eindeutig bestimmbar – Inhalte. Staaten, die dem Anspruch nicht genügen, müssen nicht mehr so behandelt werden, wie es demokratische Staaten verlangen könnten.

Der hier vorgelegte Versuch beschreibt den in dem konkreten Fall eintretenden Wandel der Republik von Weimar zum NS-Staat, die blitzartig erzwungene Ausweitung seiner Prinzipien auf dem Kontinent und den langen Kampf um die Re-etablierung der Geldwirtschaft im kontinentalen Europa, eine Vielzahl

von Ereignissen also, die mit den Überschriften NS-Diktatur und Zweiter Weltkrieg in die Geschichte Europas eingeordnet werden.

Die Wiedereinsetzung der Geldwirtschaft in Europa ist auf umfassende Weise gelungen. Fast 70 Jahre nach Ende der Kampfhandlungen hat Deutschland von den angloamerikanischen Siegern noch keinen Friedensvertrag erhalten und wurde dem in der Mitte Europas liegenden Gebiet nur eine bedingte Souveränität zugestanden. Merkwürdigerweise registrieren die Deutschen überhaupt nicht, dass mit dem Kontrollratsgesetz, das noch zum Bestand ihrer Rechtsordnung gehört, die Suzeränität der Vereinigten Staaten von Amerika dem „verbündeten“ Deutschland gegenüber fortbesteht. Durch Deregulierung ist der so unvollendet gebliebene Staat als Ausdruck eines nationalen Eigenwillens weiter erodiert und durch die Währungsunion um seine geldpolitischen Selbstbestimmungsrechte gebracht worden. Es ist absehbar, dass am Ende aller Deregulierungen Deutschland als „Staat“ abgeschafft sein wird, genauso wie die „Wirtschaft“ in der Diktatur Adolf Hitlers abgeschafft worden war. Das Territorium würde damit zu einer Provinz neben den ebenso von aller Staatlichkeit entkleideten Vereinigten Staaten von Amerika. Das erinnert an die Zustände, die nach der Auffassung Oswald Spenglers (1922 S. 541-547) im Rom zur Zeit des Cäsarismus im Verhältnis zu seinen Eroberungen bestanden.